

WOZU DIENT EINE BUNDESWEHR?

Ergebnisse einer Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie, Allensbach, im Auftrag des SPIEGEL durchführte

Bei der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes im Bundestag sagte der SPD-Abgeordnete Wittrock: „Das ist eine Mehrheitsentscheidung der Mehrheit des 6. September 1953. Heute sieht die Mehrheit draußen im Lande anders aus.“ Zu der Frage, wie

das Volk heute über die Remilitarisierung Westdeutschlands denkt, legt das Institut für Demoskopie in Allensbach die Auswertung einer kurz vor der Annahme des Wehrpflichtgesetzes im Auftrag des SPIEGEL durchgeführten Umfrage vor.

Seit 1950 wurden die Objektive der Beobachtungsinstrumente, über die heute die Meinungsforschung verfügt, wiederholt auf eine Kontroverse gerichtet, mit der die westdeutsche Bevölkerung seit Jahren lebt: Ob eine westdeutsche Armee aufgebaut werden soll oder nicht und ob sie ein Berufsheer oder eine Armee der Allgemeinen Wehrpflicht sein soll.

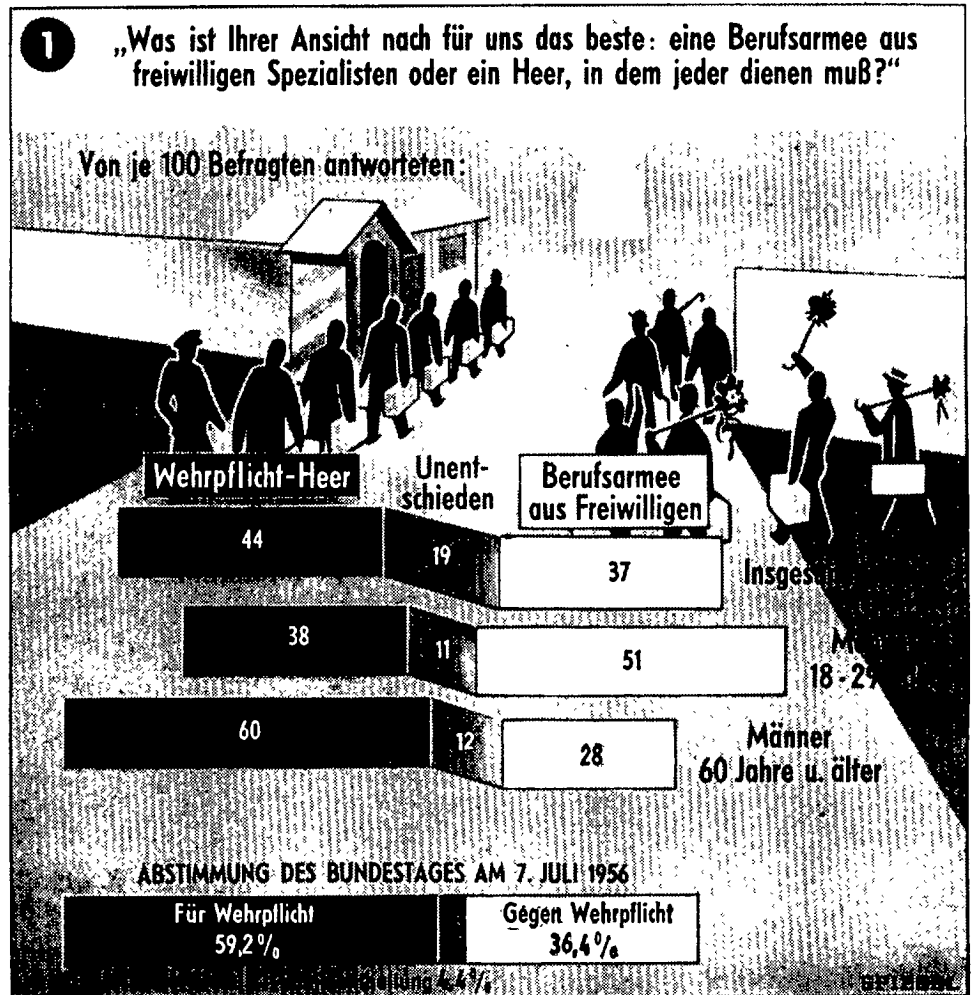
Das jüngste Umfrageergebnis zeigt: Die Betroffenen, die jüngeren Leute, die eines Tages einen Gestellungsbefehl erhalten werden, finden sich zögernd mit dem Entstehen der Bundeswehr ab oder betrachten es mit dezidierter Abneigung. Nicht einmal einer von zehn jungen Leuten zwischen 16 und 29 Jahren befürwortet ohne Vorbehalte den Aufbau militärischer Verbände. Die älteren Generationen stehen der Entwicklung weniger befangen gegenüber.

Wir stellten die Frage: „Sind Sie grundsätzlich für oder gegen eine Allgemeine Wehrpflicht — ich meine, daß jeder junge Mann, der tauglich ist, zum Wehrdienst eingezogen wird?“ Für viele sind Armeen schlechthin und Allgemeine Wehrpflicht zwei Namen für ein und dieselbe Sache. So findet der Gedanke einer Allgemeinen Wehrpflicht auch bei der Mehrheit der jungen Leute grundsätzlich Zustimmung. Aber es ist wenig Neigung dabei. Vielleicht ist hier und da eine Vorstellung von Pflicht wirksam. Die meisten gehen jedoch einfach von der Voraussetzung aus, daß die Bundesrepublik in der heutigen Lage eine Armee braucht.

Hilft man nun der Phantasie ein wenig nach, etwa mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, auch mit einem Berufsheer von technischen Spezialisten für die Verteidigung sorgen zu können, schlagen sich beträchtliche Gruppen junger Leute, die zuvor — vielleicht ein wenig unwohl — ihre Stimme der Allgemeinen Wehrpflicht gegeben hatten, sofort auf die Seite Berufsheer (Graphik 1).

Dabei ist keineswegs nur der smarte Gedanke maßgebend, für das allgemeine Wohl zu sein, während man sein eigenes Fell schont. In der gegenwärtigen Diskussion um die Formen eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags hat die Alternative des Berufsheeres den Vorteil, modern zu sein. Ihre Verfechter machten geltend, ein Berufsheer von Spezialisten auszubilden, hieße die logische und notwendige Konsequenz aus dem technologischen Fortschritt militärischer Mittel zu ziehen. Für junge Menschen muß der Gedanke bestechend sein, daß der mit der Knarre hantierende Landser verschwindet und an seine Stelle der versierte Techniker tritt, der elektronisch gesteuerte Kriegsmaschinen in Bewegung setzen kann.

Während also über die Hälfte der männlichen Befragten zwischen 18 und 29 Jahren eine Berufsarmee befürwortet, äußerten sich die meisten von denen, die es



nichts mehr angeht, die Leute über 60 vor allem, entschieden für die Allgemeine Wehrpflicht. Sie orientieren sich an traditionellen Bildern, die ihnen geläufig sind und bewährt erscheinen. Ob die jungen Leute die Entscheidungen der älteren Generation respektvoll hinnehmen werden, wenn sie weniger modern ausfallen?

Unabhängig von der Frage Berufsheer oder Wehrpflichtheer suchten wir zu ergründen: „Finden Sie es gut oder nicht gut, daß jetzt in Westdeutschland mit dem Aufbau einer neuen deutschen Armee begonnen worden ist?“ (Graphik 2)

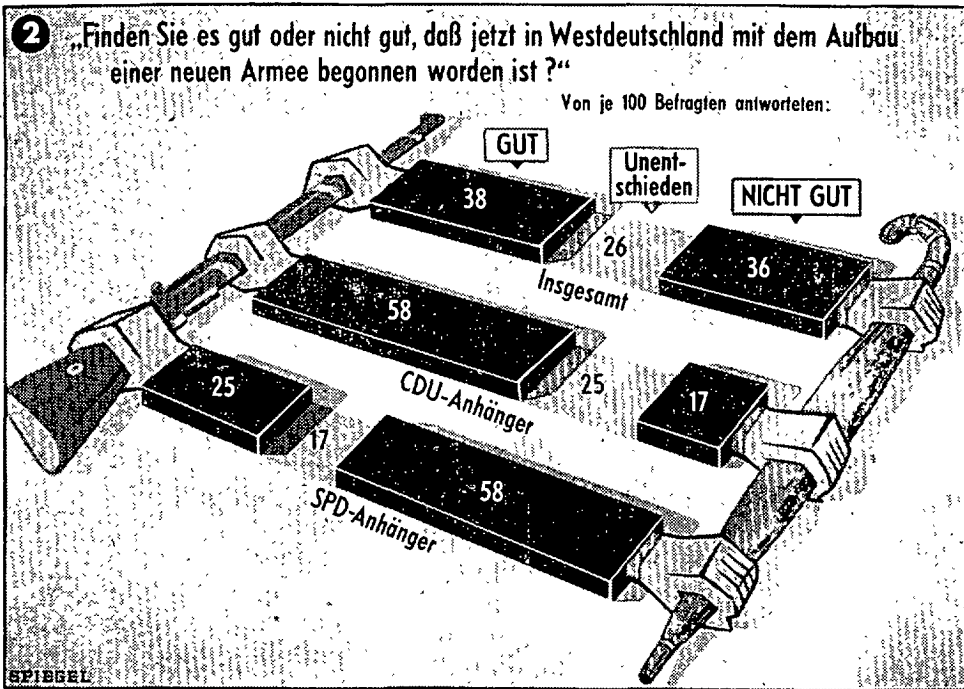
Zwei ungefähr gleich starke Bevölkerungsgruppen, zusammen Dreiviertel des Volkes, befinden sich hier in offenem politischen Gegensatz. Ein Viertel ist unentschieden, aber keineswegs nur teilnahmslos. Zum Teil sind es Menschen, die sich zwischen den Gründen für und gegen die Wiederbewaffnung nicht zurechtfinden. Der Konflikt durchzieht also nicht nur die Bevölkerung, sondern teilweise die Personen selbst.

Recht naheliegend erscheint es, die parteipolitischen Frontlinien genau da zu vermuten, wo sich die Ansichten in der

Frage der Wiederbewaffnung gegenüberstehen. Unter den Anhängern jeder Partei finden sich indessen beträchtliche Minoritäten, die in der Frage der Wiederbewaffnung andere Ansichten vertreten, als es sich ein Parteivorstand wünscht.

Legt man einen Maßstab von Ordnung an, wie er in Deutschland sicherlich noch gepflegt wird, grenzen solche Verhältnisse an die reine Unordnung. Sind die Wähler vielleicht gar nicht über die Programme ihrer Parteien informiert? Das ist denkbar, aber durchaus nicht immer der Fall. Viele Wähler sind nicht gerade sehr konformistisch. Die Liste der Wahlmotive sieht in der Regel anders aus als die Programmatik der Parteien. Davon ist nicht nur das Thema der Wiederbewaffnung betroffen. In vielen anderen Fragen können sich die linken und die rechten Flügel der verschiedenen Fraktionen die Hand reichen.

Der Wähler, der sich mit seiner Stimme sogleich total dem Programm einer Partei verschreibt, ist nach den Erfahrungen der Umfrageforschung sozusagen der pathologische Ausnahmefall. Parteiideologen



mag das bekümmern. Soziologen bekümmert das nicht. Dieser Mangel an totalem Konformismus gewährleistet eine gewisse politische Stabilität, begünstigt die Entschärfung des politischen Kampfes.

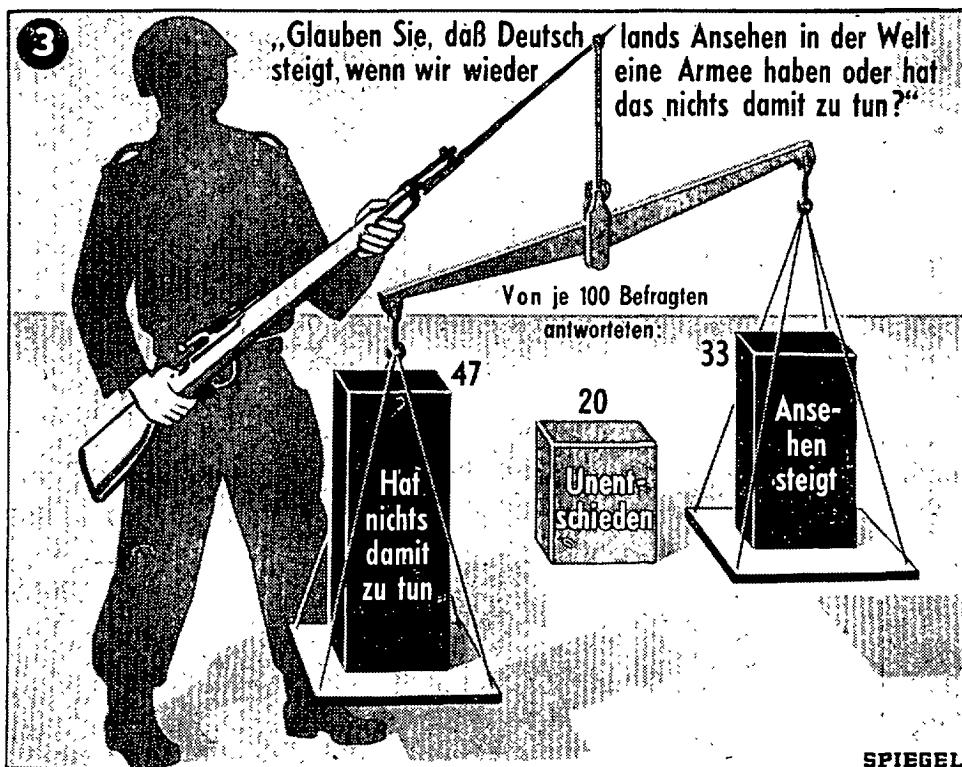
Es war nun die Frage zu prüfen, warum wohl der Aufbau einer Armee überhaupt befürwortet wird. Meint man, nur das wehrhafte Volk sei in der Welt geachtet? Oder sind es rein militärische Notwendigkeiten? Oder soll die Armee etwa wieder „Schule der Nation“ werden?

Auf die Frage: „Glauben Sie, daß Deutschlands Ansehen in der Welt steigt, wenn wir wieder eine Armee haben oder hat es nichts damit zu tun?“, antwortete fast jeder zweite, das habe nichts damit zu tun (Graphik 3). Klingt das nicht nach common sense? Wer immer bemüht ist,

unter der deutschen Bevölkerung den Hang zum Militarismus zu entdecken, sieht sich hier in seinen Erwartungen betrogen.

Selbst die Mehrheit derer, die meinen, Deutschland brauche eine Armee, sind keine ausgesprochenen Freunde des Militärs. Militaristen müßte man unter den fünfzehn Prozent der Bevölkerung suchen, die bedingungslos eine starke Armee fordern. Von diesen fünfzehn Prozent wiederum sympathisieren die meisten mit der CDU oder der FDP. Umgekehrt sind die Gegner der Wiederbewaffnung nicht durchweg brennende Anti-Militaristen. Auch in dieser Frage — Militär oder keines — sind die Ansichten nicht aus dem Stoff schroffer Alternativen gemacht.

Wenn also die Mehrheit meint, die Bundesrepublik brauche eine Armee, aber



eine solche Armee diene nicht dazu, das deutsche Ansehen in der Welt zu erhöhen, wozu soll sie dann dienen? Wir fragten weiter: „Was sollte jetzt in erster Linie ausschlaggebend sein, wenn die neue deutsche Bundeswehr organisiert wird, sollte man vor allem an die Erziehung der jungen Männer denken oder vor allem an die rein militärischen Verteidigungsaufgaben?“ (Graphik 4) Wir fragten auch: „Wenn jemand sagt, die heutige Jugend braucht das Militär — da wird ihr Ordnung und Anstand beigebracht: Hat er damit recht oder nicht recht?“ (Graphik 5).

Das Ergebnis war überraschend: Die politischen Fragen zum Thema Wiederbewaffnung lösen in allen Kreisen der Bevölkerung Kontroversen aus. Bei der internen, sozusagen häuslichen Frage jedoch, ob das Militär eine gute Erziehungsanstalt sei, stellt sich schöne Einhelligkeit ein. Es ist nahezu ohne Belang, wie im einzelnen die demoskopischen Fragen lauten: Immer antwortet eine klare Mehrheit der Bevölkerung, das Militär sei eine gute und notwendige pädagogische Einrichtung.

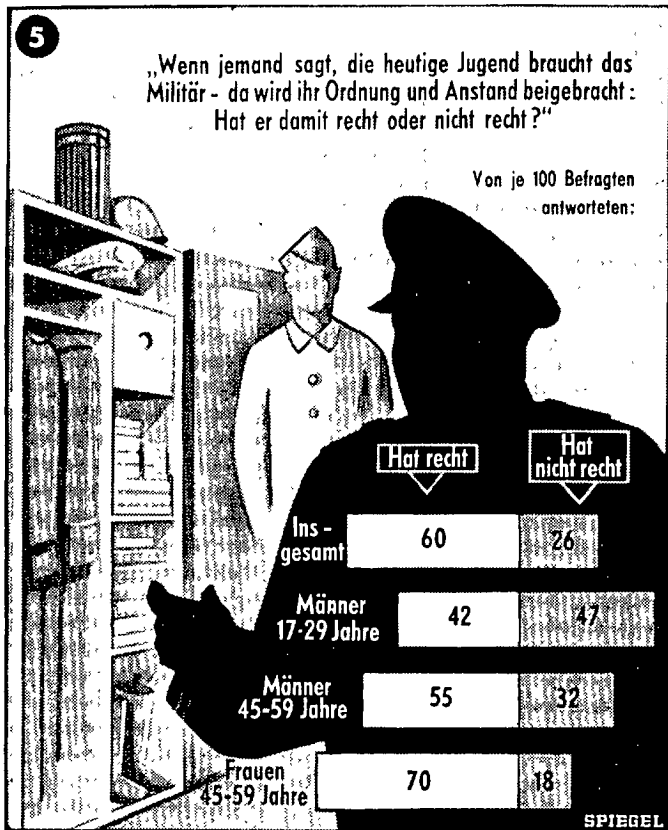
Am ausgeprägtesten ist diese Meinung bei den Frauen zwischen 45 und 59 Jahren, in welche Altersklasse die Mütter der Wehrpflichtigen fallen. Es wäre interessant zu erfahren, ob in anderen Ländern der pädagogische Wert der Militärdienstpflicht ähnlich hoch eingeschätzt wird.

Ihre besondere Note bekommt diese Fragestellung dadurch, daß große Gruppen der jungen Männer die erzieherische Funktion des Militärdienstes begrüßen. Wie soll man sich das Bewußtsein dieser jungen Menschen vorstellen, die glauben, es fehle ihnen ein Stück Erziehung — und gerade dieses?

In einem ganz aktuellen Sinne liegen die innenpolitischen Folgen dieser Neigungen auf der Hand. Die Mehrheit der Bevölkerung, auch derjenigen, der es gegenwärtig nicht opportun erscheint, daß die Bundesrepublik eine Armee besitzt, wird sich schnell mit den Tatsachen befreunden. Um so schneller, je deutlicher sie in dem Gefühl bestärkt wird, daß die Armee eigentlich nichts mit Krieg und Verteidigung zu tun habe, sondern in erster Linie dazu diene, Nachhilfestunden in den Disziplinen zu erteilen, die bei der Erziehung im Elternhaus zu kurz kamen.

Wie lange dieser Nachhilfeunterricht dauern soll, darüber sind die Ansichten unter den verschiedenen Altersgruppen sehr verschieden. Die jungen Leute, die betroffen sind, wollen so kurz wie möglich dienen; die älteren meinen, eine lange Wehrdienstzeit sei vorzuziehen (Graphik 6).

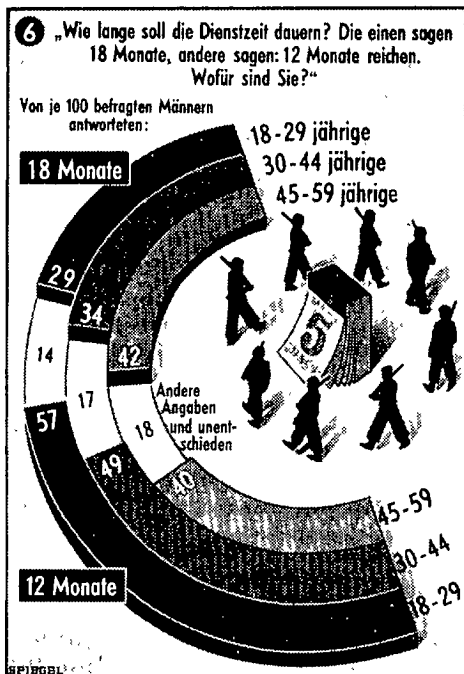




Es stellt sich nun die Frage, ob diese „Erziehung“ mit den hergebrachten Mitteln deutschen Militärs zu bewerkstelligen ist, oder ob es dazu neuer Formen bedarf. Wir fragten: „Manche Leute sagen, daß man nur zuerst so tut, als ob jetzt vieles anders wird beim Militär. Später wird alles wieder genauso wie früher aussehen. Stimmt das nach Ihrer Meinung oder stimmt das nicht?“ (Graphik 7)

Die Majorität meint, es wird alles wieder wie früher. Skepsis und Optimismus haben eine leichte politische Färbung. Eine große Mehrheit der SPD-Anhänger fürchtet den alten Dreh. Unter CDU-Anhängern hofft indessen eine beträchtliche Minorität, die Formen der militärischen Ausbildung werden sich ändern.

Sind die Bemühungen um Reformen, die zum Teil schon gesetzlichen Niederschlag



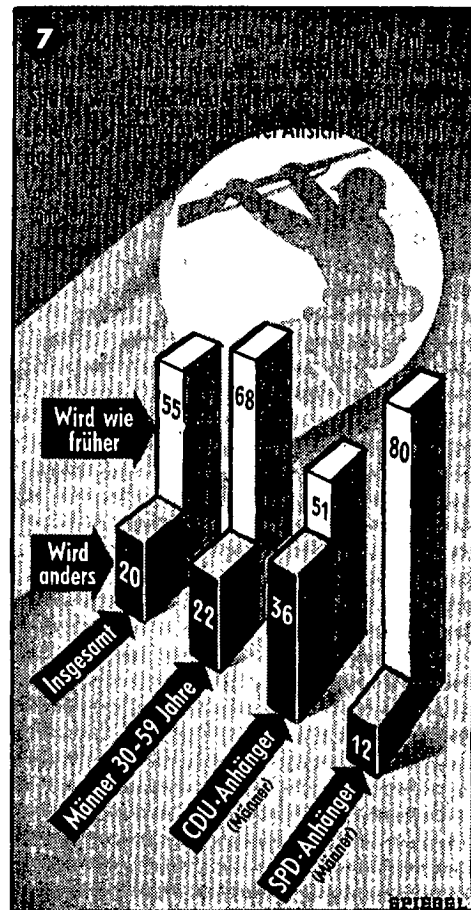
gefunden haben, der Bevölkerung entgangen? Die Perspektive wird offenbar verdüstert von den Schatten der erlebten oder legendären Gestalten des Kasernenhofs. Ob die Buchstaben der Reformen die Kraft haben, diese Gestalten zu verscheuchen, um Platz für menschlichere zu machen, werden die jungen Männer skeptisch prüfend auf dem Kasernenhof herausbekommen.

Vielleicht werden die Menschen in Westdeutschland bei keiner politischen Frage so unmittelbar an die Teilung Deutschlands erinnert wie bei der der Wiederbewaffnung. Auf den Überlegungen und Stellungnahmen lastet die Vorstellung, daß die Bundeswehr keine Sache der ganzen Nation ist, daß ein Teil der Deutschen andere Uniformen trägt.

Das Institut für Demoskopie legte einem Querschnitt der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik eine Frage zu dem Thema vor, das auch in der dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes im Bundestag weitaus den meisten Raum der Debatte in Anspruch nahm: „Manche jungen Männer in Westdeutschland haben ja Verwandte in der Sowjetzone, die dort in der Armee dienen müssen. Sollten diese jungen Männer das Recht haben, den Kriegsdienst zu verweigern, oder kann man darauf keine Rücksicht nehmen?“ (Graphik 8)

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung möchte in diesem Fall das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gewährt sehen. Man muß wissen, daß sich darunter nicht wenige befinden, die grundsätzlich die Kriegsdienstverweigerung ablehnen.

Sind Tatsache oder Projekt der Wiederbewaffnung früher anders beurteilt worden? Im Januar 1956 glaubten 41 Prozent der Bevölkerung, es sei gut, daß der Aufbau einer Armee begonnen habe, 35 Prozent übten Kritik. Im Herbst 1954 stimmten 45 Prozent für den Aufbau einer selbständigen deutschen Armee und 38 Prozent dagegen. 1953, 1952 und 1951 trafen die Meinungsforscher ähnliche Stimmenverhältnisse an. Zuweilen überlagert die Kritik,



jedoch ebenso knapp wie sonst die Zustimmung. Was auch politisch geschah, die einmal gefaßten Meinungen konnten kaum ins Wanken gebracht werden. Nach den Erfahrungen des Instituts existiert zur Zeit keine andere politische Frage, bei der ähnlich starre Überzeugungen im Spiel sind.

